



## GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 01 - 2017

Berlin, März/April 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2017 wird ein "Super-Wahljahr": diverse Landtagswahlen finden statt und dann noch die Bundestagswahl im September.

Viele Verbände waren schon fleißig und haben ihre Forderungen zusammengefasst, die Sie in diesem Newsletter lesen können.

Darüber hinaus noch gern folgender Hinweis auf eine repräsentative Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP):

In der Befragung wurde der Stellenwert des Themas „Pflege“ insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Bundestagswahl im Herbst 2017 erfragt, vor allem welche Einschätzungen und Wünsche hinsichtlich Pflege und Versorgung im Alter in der Bevölkerung bestehen. Das Thema „Pflege“ kann laut den Ergebnissen der Umfrage bei der Bundestagswahl eine erhebliche Rolle spielen. 43 Prozent der Deutschen sehen die Versorgung älterer hilfebedürftiger Menschen als sehr wichtig dafür an, wie sie am 24. September ihren Stimmzettel ausfüllen wollen. In der für den Wahlausgang besonders maßgeblichen Altersgruppe 50+ sind es sogar 53 Prozent. Mehr zu den Ergebnissen finden Sie [hier](#).

Wir dürfen also gespannt bleiben, was das Jahr 2017 für die Pflege bringen wird.

Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen haben, dann schreiben Sie uns eine [E-Mail](#).

Vorschau: Der nächste Newsletter wird im Juni/Juli 2017 erscheinen.

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

## **Bündnis für gute Pflege - Infodienst**

### ***I. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege***

**1.1 BAGFW: Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode**

**1.2 Volkssolidarität: Positionen zur Bundestagswahl 2017**

**1.3 DEVAP: Positionspapier: Kurskorrekturen müssen die Pflege zukunftsfest und bezahlbar machen!**

**1.4 wir pflegen NRW: Pflege wählen!**

**1.5 AWO: Pflege benötigt mehr Personal und die Bürgerversicherung**

**1.6 AWO: Equal Pay Day - AWO fordert Ungleichheit zu beenden**

**1.7 DEVAP: Arbeitshilfe „Teilhabe älterer suchtkranker Menschen“**

**1.8 BIVA fordert Veröffentlichung der Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen**

### ***II. Veranstaltungen und Termine***

**2.1 Diakonie: Sektorenübergreifende Versorgung alter Menschen, Fachtagung am 09.05.2017**

**2.2 Diakonie: Auf dem Weg zum demenz-sensiblen Krankenhaus, 09. und 10.05.2017 in Berlin**

**2.3 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Einladung zum 26. Pflegetreff am 10.05.2017 in Neuss-Erfttal**

**2.4 Woche der pflegenden Angehörigen 2017 vom 12.05.-18.05. in Berlin**

## ***I. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses für gute Pflege***

nach oben ↑

### **1.1 BAGFW: Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode**

nach oben ↑

#### **BAGFW: Erwartungen an die Bundespolitik in der 19. Legislaturperiode**

Der rapide gesellschaftliche Wandel, in dem wir leben, fordert gesamtgesellschaftliches Denken und Handeln. Bestehenden Gesetze und Regelungen sind auf ihre Tauglichkeit zu prüfen, ob sie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Ermöglichung von Selbstbestimmung und Teilhabe und der Sicherung von Freiheit dienen. Die Freie Wohlfahrtspflege stellt sich ihrer Verantwortung und unterbreitet mit diesen Forderungspapieren Vorschläge und Ideen zu wichtigen Fragen des sozialen Lebens in Deutschland.

<http://www.bagfw.de/aktivitaeten/detailseite-forderungspapiere/#c2397>

Das Forderungspapier zum Thema Altenhilfe und Betreuungsrecht finden Sie [hier](#).

### **1.2 Volkssolidarität: Positionen zur Bundestagswahl 2017**

nach oben ↑

#### **Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Positionen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2017**

Die Volkssolidarität bringt sich mit ihren Positionen unter dem Titel „Mit Solidarität zu mehr sozialer Gerechtigkeit“ in die politische und gesellschaftliche Debatte vor der Bundestagswahl am 24. September 2017 ein. Sie hat darin ihre Vorstellungen an die Politik in der kommenden Legislaturperiode formuliert. Das Material steht als PDF-Datei zum Download zur Verfügung. Die Grundpositionen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl in diesem Jahr sind:

- Reichtum verteilen – Sozialstaat stärken
- Gute Arbeit statt arm trotz Arbeit
- In Würde altern – für eine Rente, die den Lebensstandard sichert
- Deutsche Einheit bedeutet auch soziale Einheit
- Familien wirksam unterstützen und Betreuungsqualität sichern
- Gesundheit und Pflege solidarisch sichern
- Demokratie stärken – Engagement fördern
- Für eine gemeinsame Zukunft

Der vollständige Text kann als PDF-Datei hier heruntergeladen werden:

[http://www.volkssolidaritaet.de/uploads/tx\\_news/170201Folder\\_Positionen\\_BTW2017\\_web\\_01.pdf](http://www.volkssolidaritaet.de/uploads/tx_news/170201Folder_Positionen_BTW2017_web_01.pdf)

Gedruckte Exemplare des Folders mit den Positionen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2017 können bei der Bundesgeschäftsstelle kostenfrei angefordert werden. Sie sind ebenso bei den Geschäftsstellen der Verbandsgliederungen erhältlich.

Volkssolidarität Bundesverband e. V. - Bundesgeschäftsstelle  
Alte Schönhauser Str. 16  
10119 Berlin  
Tel. 030 - 2789 7110  
Fax 030 - 2759 3959  
E-Mail [daniel.krueger@volkssolidaritaet.de](mailto:daniel.krueger@volkssolidaritaet.de)  
[www.volkssolidaritaet.de](http://www.volkssolidaritaet.de)

### 1.3 DEVAP: Positionspapier: Kurskorrekturen müssen die Pflege zukunftsfest und bezahlbar machen!

[nach oben](#) ↑

#### **Positionspapier: Kurskorrekturen müssen die Pflege zukunftsfest und bezahlbar machen!**

Im beginnenden „Super-Wahljahr“ 2017 muss die Pflegepolitik eines der entscheidenden Themen werden. Bei der Vorstellung des DEVAP-Positionspapiers „Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ im Februar bilanzierte der Vorsitzende des Bundesfachverbands Bernhard Schneider die ausgehende Wahlperiode: „Die Pflege in Deutschland krankt weiter an vielen Problemen, trotz aller Reformanstrengungen der Regierung. Durch Webfehler bei der Einführung ist die Pflegeversicherung aus dem Ruder gelaufen. Sie erreicht ihr Ziel, das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit abzusichern, schon lange nicht mehr. Die Strukturfehler in der Pflegeversicherung verursachen die gravierenden Probleme, mit denen ambulante und stationäre Anbieter heute kämpfen: die prekäre Personalsituation und die Unterfinanzierung der Pflegeversicherung.“

„Eine weitere Folge des Systems sind die viel zu hohen Kosten für pflegebedürftige Menschen“, führte Schneider weiter aus. „Pflegebedürftigkeit erhöht das Armutsrisiko schon heute deutlich. Diese Entwicklung wird Betroffene immer häufiger an den Rand der Existenz bringen. Denn jede Leistungsverbesserung, jede Tariflohnsteigerung und jede zusätzliche Pflegekraft greift in das Portemonnaie der Pflegebedürftigen.“

„Die Politik muss konsequent und mutig handeln, um diese Mammutaufgaben zu lösen“, forderte der DEVAP-Vorsitzende. „Der DEVAP bringt einen konstruktiven Lösungsvorschlag für eine zukunfts feste und bezahlbare Pflege in den Vorwahlkampf ein: Der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme ist eine bessere Verteilung der Finanzlasten, und zwar zugunsten der Pflegebedürftigen. Die Pflegeversicherung muss so verändert werden, dass die pflegebedingten Kosten für alle Betroffenen finanzierbar sind. Sämtliche Pflegekosten zahlt die Pflegeversicherung, die Behandlungskosten übernimmt die Krankenversicherung, und die Kosten für die Haushaltsführung der Betroffene selbst. Das wäre ein einfaches und gerechtes System, das unabhängig vom Lebensort funktionieren kann.“

Mehr lesen: Das Positionspapier ist hier erhältlich:  
[www.devap.info/publikationen/stellungnahmen/](http://www.devap.info/publikationen/stellungnahmen/)

Und mehr hören: Auf [dieser Seite](#) ist ein vierminütiger Hörfunk-Beitrag zum Pressegespräch mit einem konkreten Fallbeispiel abrufbar.

[nach oben](#) ↑

## 1.4 wir pflegen NRW: Pflege wählen!

### Pflege wählen!

Pflegende Angehörige sind die tragende Säule des Pflegesystems. Im Wahljahr 2017 wenden sie sich verstärkt an die Politik, mit klaren Forderungen für Mitbestimmung, bessere Unterstützungsangebote und stark verbesserte finanzielle Absicherung.

In NRW werden 71 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen von 1 Million Angehörigen und Freunden im häuslichen Umfeld versorgt. Der neue Landesverein wir pflegen NRW veröffentlichte 5 Forderungen zur Landtagswahl am 14. Mai: [http://www.wir-pflegen.nrw/wp-content/uploads/2017/02/wir-pflegen-NRW\\_Broschuere\\_Forderungen\\_A5.pdf](http://www.wir-pflegen.nrw/wp-content/uploads/2017/02/wir-pflegen-NRW_Broschuere_Forderungen_A5.pdf)

wir pflegen NRW lud Ende Februar in Mülheim alle Parteien zu einem Politforum ein und konnte zu einigen Forderungen einen Konsens erreichen, mit ausführlichen Medienberichten in NRW.

Näheres dazu hier: [http://www.wir-pflegen.nrw/wp-content/uploads/2017/02/20170225\\_NRZ\\_muelheim\\_Seite-13.pdf](http://www.wir-pflegen.nrw/wp-content/uploads/2017/02/20170225_NRZ_muelheim_Seite-13.pdf)

In einem Treffen mit Ministerin Barbara Steffens wurde der Verein mit sofortiger Wirkung eingeladen, zwei Repräsentanten/innen in den Landesausschuss Alter und Pflege zu nominieren.

Bundesweit bleiben mangelnde Finanzierung der Pflege und der finanziellen Absicherung pflegender Angehöriger weiterhin Thema Nummer 1 des Vereins. Hier haben geringfügige Verbesserungen des PSG I, II und III die bestehende Armutsspirale allenfalls weiter zementiert.

Ein Faktencheck von Gudrun Born findet als Diskussionsbeitrag bereits viel Aufmerksamkeit und liegt den Parteien vor. Näheres dazu hier: <http://armutdurchpflege.de/wp-content/uploads/2017/03/Faktencheck-Armutsrisiko-GB-1702.pdf>

Der Verein wir pflegen argumentiert weiterhin für eine Pflegewende.

Wir sind gespannt, was pflegende Angehörige zum Thema Verhinderung des aus der Familienpflege resultierenden Altersarmutsrisikos in den Wahlprogrammen finden. Wir freuen uns über Diskussionsbeiträge an [vorstand@wir-pflegen.net](mailto:vorstand@wir-pflegen.net).

unsere WEBSEITE ist online - schauen Sie gerne hier:  
[www.wir-pflegen.nrw](http://www.wir-pflegen.nrw)

## 1.5 AWO: Pflege benötigt mehr Personal und die Bürgerversicherung

[nach oben](#) ↑

### **Pflege benötigt mehr Personal und die Bürgerversicherung** **6. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der Pflegeversicherung und Versorgung**

Berlin, 30. März 2017.

Morgen wird im Bundestag der „Sechste Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Pflegeversicherung und den Stand der pflegerischen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland“ beraten. Dazu erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker:

„Die derzeitige Koalition hat lang anstehende Strukturreformen in der Pflege angestoßen. So wurde nach langen Jahren der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt. Damit ist es

allerdings noch nicht getan. Weitere Reformen stehen an. Vor allem in den zwei Bereichen Personalausstattung und Finanzierung der Pflegeversicherung bzw. Einführung einer Bürgerversicherung gibt es Handlungsbedarf.

In der Pflegeversicherung macht die Aufteilung in eine gesetzliche und eine private Versicherung überhaupt keinen Sinn, da das Leistungsrecht beider Systeme absolut identisch ist. Die AWO fordert seit langem die Einführung einer Bürgerversicherung. Nur die Bürgerversicherung leistet eine solidarische und auskömmliche Finanzierungsgrundlage für die Kranken- und Pflegeversicherung mit für die Versicherten auch langfristig bezahlbaren Beiträgen. Gute Pflege muss auf einer soliden finanziellen Basis stehen. Doch die Soziale Pflegeversicherung leidet an ihrer chronischen Einnahmeschwäche. Die Umwandlung der Sozialen Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung könnte die strukturelle Einnahmeschwäche an der Wurzel packen, da alle Einkommensarten berücksichtigt würden und es nicht mehr möglich wäre, in eine private Pflegeversicherung zu wechseln. Die Pflege-Bürgerversicherung kann allen Bürgern eine ausreichende Absicherung gewährleisten und macht eine private Zusatzversicherung überflüssig. Ihre verfassungsmäßige Umsetzbarkeit hat die AWO in einem Gutachten\* nachgewiesen. Damit wäre die Pflegeversicherung zukunftsfest aufgestellt.

Wir benötigen insgesamt mehr Personal in der Pflege - das betrifft sowohl Fachkräfte als auch Hilfskräfte. Das gelingt nur, wenn der Pflegeberuf attraktiver gestaltet werden kann. Die regional unterschiedliche, aber defizitäre Personalausstattung stellt die Pflege seit langem vor eine große Herausforderung und geht zu Lasten der pflegebedürftigen Menschen sowie der beruflich Pflegenden. Eine gute personelle Ausstattung ist eine wichtige Voraussetzung für eine weiterhin hohe Versorgungsqualität von pflegebedürftigen Menschen. Abgesehen davon bleiben Beschäftigte bei einer guten personellen Ausstattung länger im Beruf, der dadurch auch für neue Fachkräfte attraktiver wird."

\*„Zur Umsetzbarkeit einer Bürgerversicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit“ : Gutachten für den Arbeiterwohlfahrt Bundesverband von Prof. Dr. Stefan Greß Wirtschaftswissenschaftler, Dekan des Fachbereichs Pflege und Gesundheit der Hochschule Fulda sowie Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback von der Universität Hamburg.

i. A. Mona Finder

---

AWO Bundesverband e. V.  
Pressesprecherin

T.: + 49 (0)30 26 309 222  
F.: + 49 (0)30 26 309 32 222  
Mobil: +49 (0)172 - 261 50 14  
www.awo.org  
mona.finder@awo.org

## 1.6 AWO: Equal Pay Day - AWO fordert Ungleichheit zu beenden

[nach oben](#) ↑

### **Equal Pay Day: AWO fordert Ungleichheit zu beenden Tarifvertrag Soziales wertet soziale Berufe auf**

Berlin, 17. März 2017. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich des „Equal Pay Day“ am 18. März 2017 mitteilte, lag der durchschnittliche Bruttoverdienst von Frauen in der Bunderepublik 2016 mehr als ein Fünftel unter dem der Männer. „In Sachen Gleichstellung ist und bleibt Deutschland ein Entwicklungsland. Durchschnittlich 21 Prozent weniger Gehalt, so sieht für Frauen in Deutschland noch immer die Realität aus. Das ist eine Ungerechtigkeit, die wir so nicht hinnehmen können“, betont der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler anlässlich des morgigen Equal Pay Days. Abhilfe schaffen, könnte die Einführung eines

## Tarifvertrag Soziales.

Das von der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig vorgelegte Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit ist ein erster Schritt hin zur Entgeltgleichheit. Dringend geboten ist aber eine Ausweitung der Auskunftspflicht auf kleinere und kleinste Unternehmen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten. Die AWO fordert außerdem ein Verbandsklagerecht. In Sachen Gleichstellung am Arbeitsmarkt gibt es, abgesehen vom Lohnunterschied, noch viel zu tun. Neben dem weiterhin notwendigen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung, werden Arbeitszeitmodelle benötigt, die es Frauen und Männern ermöglichen, eine Führungsposition mit Familienaufgaben in Einklang zu bringen. Zudem kann nach Meinung der AWO, ein Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit in Vollzeitbeschäftigung für mehr Gleichberechtigung sorgen.

„Berufsfelder, in denen vorrangig Frauen beschäftigt sind, müssen finanziell deutlich aufgewertet werden. Denn obwohl Betreuung und Pflege zukunftsorientierte Arbeitsbereiche sind, werden sie zu schlecht bezahlt“, stellt Wolfgang Stadler fest. Die Lösung sieht Stadler in der Einführung eines Allgemeinverbindlichen Tarifvertrag Soziales. „Die AWO engagiert sich seit langem für einen einheitlichen Branchentarifvertrag Soziales. Dieser würde die tarifliche Aufwertung der sozialen Berufe insgesamt und auch die finanzielle Gleichstellung von Frauen und Männern beinhalten. Die Arbeit muss nach der erbrachten Leistung bewertet werden. Nur so können wir die Gleichstellung der sozialen mit den technischen Berufen in Hinblick auf Qualifizierung und Bezahlung vorantreiben“, betont der AWO Bundesvorsitzende abschließend.

Der Equal Pay Day markiert symbolisch die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen. Im Jahr 2017 arbeiten Frauen bis zu diesem Tag, also 77 Tage umsonst. Die geschlechtsspezifische Lohnlücke bezieht sich auf die vom Statistischen Bundesamt errechneten Bruttostundenlöhne. Für Frauen lagen im Jahr 2016 bei 16,26 Euro, bei Männern bei 20,71 Euro.

i. A. Mona Finder

---

AWO Bundesverband e. V.  
Pressesprecherin

T.: + 49 (0)30 26 309 222  
F.: + 49 (0)30 26 309 32 222  
Mobil: +49 (0)172 - 261 50 14  
www.awo.org  
mona.finder@awo.org

## 1.7 DEVAP: Arbeitshilfe „Teilhabe älterer suchtkranker Menschen“

[nach oben](#) ↑

### „Teilhabe älterer suchtkranker Menschen“ DEVAP und GVS veröffentlichen gemeinsame Arbeitshilfe

Bis zu 15 Prozent der von ambulanten oder stationären Pflegeeinrichtungen betreuten Menschen sind heute suchtkrank oder suchtgefährdet. Meist leiden sie an medikamentenbezogenen Störungen. Wie können Mitarbeitende auf deren spezifischen Hilfebedarf eingehen? Um den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu werden, ist die Altenhilfe auf sensibilisierte, gut ausgebildete und engagierte Mitarbeitende angewiesen, – genau wie die Suchthilfe, die immer mehr ältere Klienten verzeichnet. Angesichts dieser wachsenden Schnittmengen ist ein Austausch zwischen der Suchthilfe und der Altenhilfe notwendig. Sie müssen nicht einfach nur voneinander wissen; sie müssen voneinander lernen. Experten des Gesamtverbands für Suchthilfe e.V. – Fachverband der Diakonie Deutschland (GVS) und des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege e. V. (DEVAP)

haben gemeinsam eine Handlungsorientierung zum Thema erarbeitet. Das Ergebnis ist eine Broschüre, die die Perspektiven von Praktikern beider Handlungsfelder verbindet. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Aspekt der Teilhabe.

Nähere Informationen und Bezugsmöglichkeiten für die 24-seitige kostenfreie Arbeitshilfe finden Sie auf [www.devap.info/publikationen/arbeitshilfen/](http://www.devap.info/publikationen/arbeitshilfen/).

## 1.8 BIVA fordert Veröffentlichung der Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen

[nach oben](#) ↑

### **BIVA fordert Veröffentlichung der Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen**

Den wichtigsten Grund für Missstände in Pflegeeinrichtungen sieht die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen (BIVA) e.v. in der zu geringen Personalausstattung der Pflegeeinrichtungen. Sie fordert daher als kurzfristige Maßnahme, die Pflegeeinrichtungen zu verpflichten, die gültigen Personalschlüssel einzuhalten und bestehende finanzielle Anreize für eine personelle Unterbesetzung abzuschaffen. Dies soll durch die Veröffentlichung der tatsächlichen Personalausstattung jeder Einrichtung erreicht werden.

Seit Jahrzehnten gibt es mit den Pflegeeinrichtungen vereinbarte Personalrichtwerte. Sie unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland und werden allgemein als zu niedrig angesehen. Das Hauptproblem der Landesrichtwerte und der mit den Pflegeheimen vereinbarten Personalschlüssel liegt aber darin, dass sie für die Einrichtungen nicht verbindlich sind und Abweichungen nach unten nicht hinreichend sanktioniert werden, sagt der Vorsitzende der BIVA, Dr. Manfred Stegger.

Im Gegenteil: Die einfachste Methode für ein Pflegeheim, Gewinne zu erzielen, ist die Nichtbesetzung von abgerechneten Stellen. Der Bewohner zahlt ohne die entsprechende Leistung zu erhalten.

Eine vorgesehene Erarbeitung von neuen bundeseinheitlichen Personalrichtwerten bis Mitte 2020 kommt für die jetzigen Bewohner nicht nur zu spät. Sie löst auch nicht die Frage der Verbindlichkeit. „Wir fordern deshalb als Übergangslösung, dass die Heime zu verpflichtet werden, ab sofort ihre tatsächliche Personalausstattung zu veröffentlichen. Zugleich müssen sie ins Verhältnis gesetzt werden zu den bestehenden Landespersonalrichtwerten und zu dem für das jeweilige Heim vereinbarten Personalschlüssel“, sagt Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender der BIVA. Dies wäre ein wichtiger Hinweis auf die zu erwartende Pflegequalität. Eine Veröffentlichung sollte auch im Interesse der Einrichtungen sein, die sich an die Vorgaben halten oder gar darüber hinausgehen

Diese Maßnahme erfordert keine neue Bürokratie und wäre ein erster und schnell zu realisierender Schritt hin zu mehr Orientierung und Verbraucherschutz.

16. März 2017

Annette Stegger, Tel: 0160 539 4754, [annette.stegger@biva.de](mailto:annette.stegger@biva.de)

.

## **II. Veranstaltungen und Termine**

[nach oben](#) ↑



## 2.1 Diakonie: Sektorenübergreifende Versorgung alter Menschen, Fachtagung am 09.05.2017

nach oben ↑

### Sektorenübergreifende Versorgung alter Menschen

„Und täglich grüßt das Murmeltier“. Mit diesem Titel einer bekannten Filmkomödie beginnt die Einladung zu einer Fachtagung, die die Diakonie Deutschland am 9. Mai 2017 durchführt. Thema der Veranstaltung sind die Inhalte eines Positionspapiers zur sektorenübergreifenden Versorgung alter Menschen, das zur damit Diskussion gestellt wird.

#### Das Problem

Eine bessere sektorenübergreifende Versorgung über verschiedene Hilfesysteme hinweg ist eine seit Jahren bekannte fachliche und gesundheitspolitische Herausforderung in Deutschland.

Im hochgradig ausdifferenzierten und spezialisierten Gesundheitssystem gelingt es oftmals nicht, präventive, kurative, rehabilitative, pflegerische und weitere soziale Leistungen über die Sektorengrenzen hinweg zusammenzuführen. Dies ist nicht nur ein Problem der Systemgestaltung, sondern auch ein Problem für den einzelnen Menschen: Für alte Menschen mit mehrfachen Erkrankungen, vor allem wenn sie keine Angehörigen haben, stellt dies oftmals eine Versorgungshürde dar.

Schritte zur Lösung

Ein von einer Projektgruppe unter Beteiligung von Landes- und Fachverbänden erarbeitetes Papier argumentiert in mehreren Schritten:

- \* Anhand von drei Schauplätzen – die Versorgung zu Hause, im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt und in der stationären Pflegeeinrichtung – werden typische Versorgungsprobleme von hochaltrigen mehrfach erkrankten Menschen dargestellt.
- \* In weiteren Schritten werden diakonische Leitideen für die sektorenüberschreitende Versorgung alter Menschen entwickelt und ein Konzept für regionale Verbünde vorgestellt. Dem schließen sich die Formulierung von Kriterien für eine „gute Praxis“ an, die schon unter den derzeit obwaltenden Bedingungen für die diakonischen Dienste und Einrichtungen wegweisend sein können.
- \* Schließlich werden gesundheitspolitische Forderungen formuliert, deren Verwirklichung die Rahmenbedingungen für die sektorenübergreifende Arbeit verbessern, aber darüber hinaus auch Impulse für eine teilhabe- und gemeinwesenorientierte Neuausrichtung des Gesundheitswesens setzten sollen.

Konzeptionell-fachliche, auf die Praxis bezogene und gesundheitspolitische Aspekte des Vorschlags der Diakonie sollen auf der Tagung am 9. Mai 2017 erörtert werden.

#### Wichtige Links

- \* [Sektorenübergreifende Versorgung für multimorbide alte Menschen, das ausführliche Positionspapier](#)
- \* [Auf den Punkt gebracht. Zusammenfassung des Positionspapiers](#)
- \* Tagungsinformationen finden Sie [hier](#)
- \* Zur Anmeldung der Tagung geht es [hier](#)

Ansprechpartner:

Dr. Anja Dieterich ([anja.dieterich@diakonie.de](mailto:anja.dieterich@diakonie.de)).

Dr. Tomas Steffens ([tomas.steffens@diakonie.de](mailto:tomas.steffens@diakonie.de)).

## 2.2 Diakonie: Auf dem Weg zum demenz-sensiblen Krankenhaus, 09. und 10.05.2017 in Berlin

nach oben ↑

**9. bis. 10. Mai 2017, Berlin**

### Auf dem Weg zum demenz-sensiblen Krankenhaus

Die Versorgungsqualität von älteren multimorbiden Patienten mit kognitiven Einschränkungen steht im Spannungsdreieck politischer Vorgaben der Länder, der wettbewerblichen Marktregulierung sowie der Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser. Diese Herausforderungen greift das Strategieforum des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes (DEKV) auf.

Flyer zum Download: [http://www.dekv.de/fileadmin/user\\_upload/downloads/Intranet/DEKV-FachtagDemenz\\_Einladung\\_Mai\\_2017.pdf](http://www.dekv.de/fileadmin/user_upload/downloads/Intranet/DEKV-FachtagDemenz_Einladung_Mai_2017.pdf)

## 2.3 Pro Pflege - Selbsthilfenetzwerk: Einladung zum 26. Pfl egetreff am 10.05.2017 in Neuss-Erfttal

nach oben ↑

### Einladung zum (26.) Pfl egetreff

am 10.05.2017, 16:00 - 18:00 Uhr, im Jugendzentrum "Kontakt Erfttal", (großer Saal) Bedburger Straße 57, 41469 Neuss-Erfttal.

#### Thema:

Gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase (§ 132g SGB V). Es wird darum gehen, die bereits bei den Pfl egetreffs am 19.11.2013 und 24.10.2014 problematisierten Themen --- "Palliativversorgung (Medizin & Pflege) - Hospizarbeit - Sterbebegleitung ambulant und stationär" bzw. --- "Schwere Krankheit - Sterben - Tod (Patientenautonomie am Lebensende)" erneut und mit aktuellem Bezug aufzugreifen.

#### Auf dem Podium (Statements und Diskussionsrunde):

- Annette Widmann-Mauz, MdB (CDU) und Parlamentarische Staats-sekretärin beim Bundesminister für Gesundheit (in Vertretung des Bundesgesundheitsministers)
- Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (Bündnis 90/Die Grünen)
- Prof. Dr. med. Jürgen In der Schmitten, Arzt für Allgemeinmedizin, Uniklinik Düsseldorf - Projekt „beizeiten begleiten“® -

Ab 15:00 Uhr wird es im Eingangsbereich von „Kontakt Erfttal“ zahlreiche Infostände geben. U.a. werden vor Ort sein:

-- Gesundheitsamt des Rhein-Kreises Neuss, vertreten durch Frau Dr. rer. nat. Eller, wird mit Informationen zur Hygiene, insbesondere zur Händehygiene, zur Verfügung stehen. Es kann mit Hilfe eines fluoreszierenden Händedesinfektionsmittels getestet werden, wie eine Händedesinfektion wirksam durchgeführt wird.

Siehe auch MRSA -> MRSAApp > <http://www.rhein-kreis-neuss.de/de/verwaltung-politik/aemterliste/gesundheitsamt/themen/gesundheits-app.html>

Siehe auch EurHealth-1Health > <http://www.rhein-kreis-neuss.de/de/verwaltung-politik/aemterliste/gesundheitsamt/themen/eurhealth-1health.html>

-- MDK Nordrhein - Beratungs- und Begutachtungszentrum Düsseldorf, Stresemannstraße 13-15, 40210 Düsseldorf, ist ein Dienstleistungsunternehmen, das im Auftrag der Gesetzlichen Kranken- und Sozialen Pflegekassen tätig ist und steht u.a. für die Erstellung von Gutachten im Rahmen der Einstufung von pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung (§ 18 SGB XI). Vertreter des MDK Nordrhein werden als Ansprechpartner vor Ort sein.

Näheres unter > <http://www.mdk-nordrhein.de/index.html>

Eingeladen sind Patienten, pflegebedürftige Menschen und Angehörige, Ärzte bzw. sonstige Leistungsanbieter im Gesundheitswesen sowie alle in-teressierten BürgerInnen! - Der Eintritt ist frei!

Pro Pflege – Selbsthilfenetzwerk  
Unabhängige und gemeinnützige Initiative  
Vorstand: Werner Schell – Harffer Straße 59 – 41469 Neuss  
Tel.: 02131 / 150779 – Fax: 02131 / 167289  
E-Mail: [ProPflege@wernerschell.de](mailto:ProPflege@wernerschell.de)  
Internet: <http://www.pro-pflege-selbsthilfenetzwerk.de>

## 2.4 Woche der pflegenden Angehörigen 2017 vom 12.05.-18.05. in Berlin

[nach oben](#) ↑

### Woche der pflegenden Angehörigen 2017

2017 findet bereits zum 4. Mal die Berliner „Woche der pflegenden Angehörigen“ unter der Schirmherrschaft von Senatorin Dilek Kolat statt. Rund um die Woche vom 12. bis 18. Mai bieten die Veranstalter verschiedene kostenfreie, kulturelle Veranstaltungen für alle pflegenden Angehörigen der Stadt.

Die große Eröffnungsgala findet am 12. Mai 2017 ab 15.15 Uhr in der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin statt.

Im Zentrum steht die Verleihung des Berliner Pflegebären (berlinweit) und des pflegecompass (bundesweit). Geehrt werden zehn pflegende Angehörige, Freunde oder Nachbarn aus verschiedenen Pflegezusammenhängen als Vetreter\_innen für alle Pflegenden. Musik, Poetry Slam und eine Tombola runden das Programm ab. Überreicht werden die Schmuckstücke von prominenten Laudator\_innen.

Anschließend werden verschiedene kostenfreie Veranstaltungen, nur für pflegende Angehörige, Freunde oder Nachbarn angeboten: Dampferfahrten, Kinovorstellungen, ein Tanzcafé, Konzerte, Parkbesuche und vieles mehr. Ein weiteres Highlight ist die Veranstaltung am Sonntag, den 14. Mai, die ein Zeichen für ein tolerantes Miteinander der Kulturen und Religionen setzen will: auf unserem interreligiösen Nachmittag laden wir Sie ein, Andachten verschiedener Religionsvertretern zu lauschen. Danach gibt es Musik, Buffet und ein Kulturprogramm. Für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich um erkrankte Angehörige kümmern, bieten die Veranstalter eine besondere Veranstaltung: ein Mini-Festival im Kino in der Kulturbrauerei am 13. Mai ab 12 Uhr.

Die über 170 000 Berlinerinnen und Berliner, die sich täglich um pflegebedürftige Angehörige kümmern leisten einen enorm wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen unserer Stadt. Mit der Woche der pflegenden Angehörigen soll dies öffentlich wahrnehmbar gemacht werden. Die Veranstalter wollen hiermit Danke sagen und eine Wertschätzungskultur für pflegende Angehörige in der Stadt entwickeln.

Eintrittskarten für alle Veranstaltungen und mehr Informationen unter:  
Fachstelle für pflegende Angehörige Südsterne 8-10 · 10961 Berlin Tel.: (030) 61 20 24 99,  
Fax: (030) 61 07 45 44 [info@woche-der-pflegenden-angehoerigen.de](mailto:info@woche-der-pflegenden-angehoerigen.de) [www.woche-der-pflegenden-angehoerigen.de](http://www.woche-der-pflegenden-angehoerigen.de)

### **Weiterempfehlen**

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

### **Wichtig**

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail ([info@buendnis-fuer-gute-pflege.de](mailto:info@buendnis-fuer-gute-pflege.de)) in Ihr persönliches Adressbuch auf.

### **Abmelden**

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

### **Redaktion**

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an das Bündnis für gute Pflege ([info@buendnis-fuer-gute-pflege.de](mailto:info@buendnis-fuer-gute-pflege.de)).

### **Impressum**

Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.  
Projekt: Bündnis für gute Pflege  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0  
Fax: 030 65211-3333  
E-Mail: [stephan.roeger@diakonie.de](mailto:stephan.roeger@diakonie.de)  
Web: [www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes vertreten das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr gemeinsam.  
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,  
Vereinsregister 31924 B  
USt-IdNr.: DE 147801862

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten.  
Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzende  
Präsidentin Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel

stellvertretender Vorsitzender  
Präsident Pfarrer Ulrich Lilie

Dr. Jörg Kruttschnitt  
Maria Loheide  
Prof. Dr. Claudia Warning